

**Protokoll über die Sitzung des Schulausschusses der Stadt Wilhelmshaven am  
Donnerstag, 06.09.2018, 15:00 Uhr, Grundschule Altengroden, Nr. 6/2018**

**Mitglied Gruppe CDU/WBV**

Ausschussmitglied Katja Breuer

Ausschussmitglied Martin Ehlers

Ausschussmitglied Michael Kunze

**Mitglied SPD-Fraktion**

Ausschussmitglied Gesche Marxfeld

Ausschussmitglied Sebastian Seidel

**Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial**

Ausschussvorsitzende Helga Weinstock

**Mitglied FDP-Fraktion**

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

**Mitglied AfD-Fraktion**

Ausschussmitglied Mirco Danner

**Mitglied AfW-Fraktion**

Ausschussmitglied Thorsten Moritze

**Stadtelternrat**

Stimmberechtigter Sachverständiger Martin Burkhart

Stimmberechtigter Sachverständiger Uwe Streib

**Schülervertretung**

Schülervertreter René Gommers

Schülervertreter Maik Hergenröther

**Vertreter der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen**

Matthias Thode

**Jugendberufsagentur (Jobcenter)**

Frau Heiler-Klene

**VHS, Bereich „Junge VHS“**

Herr Tjettmers

**Verwaltung**

Herr Schönfelder, Herr Feist, Frau Schröder

## Gäste

Ratsmitglied Christina Heide, Herr Pommer (Schulleiter OBS Stadtmitte), Frau Engel und Herr Feldmann (Lernort Technik und Natur e.V.)

Vor Beginn der Sitzung bestand die Möglichkeit, sich über den Lernort Technik und Natur zu informieren.

## A Öffentlicher Teil

### Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 14.06.2018
3. Genehmigung der Tagesordnung
4. Mitteilungen und Anfragen
  - 4.1 Informationen zur Jugendberufsagentur (Jobcenter)
  - 4.2 Informationen zur „Jungen VHS“ und zum „Zweiten Bildungsweg“ (VHS)
  - 4.3 Sanierung Aula OBS Stadtmitte – Vorbereitung Programmabschluss –
  - 4.3.1 Bericht über die Bautätigkeiten in den Sommerferien
  - 4.4 Reinigung in Schulen – Erörterung der Ergebnisse der Reinigungskontrollen von GGS
  - 4.5 Anfrage zur Erstausrüstung von Grundschulkindern
  - 4.6 Anfrage zu Auffälligkeiten bei Einschulungsuntersuchungen

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit  
Die Vorsitzende, **Frau Weinstock**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
2. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 14.06.2018  
Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 14.06.2018 wurde einstimmig genehmigt.
3. Genehmigung der Tagesordnung  
Die Tagesordnung wurde mit folgender Ergänzung genehmigt: Zusätzlich zum Punkt 4.3 sollten die in den Sommerferien vorgenommen Baumaßnahmen an den Schulen erläutert werden.
4. Mitteilungen und Anfragen
  - 4.1 Informationen zur Jugendberufsagentur (Jobcenter)  
**Herr Feist** informierte zwecks Einstimmung in die Thematik wie folgt: Der Grundgedanke sei, junge Leute, die durch vorhandene Angebote nicht mehr erreicht werden können, mit Hilfe einer Kooperation zwischen der Bundesagentur für Arbeit,

dem Jobcenter Wilhelmshaven und der Stadtverwaltung (Pro-Aktiv-Center) aufzufangen. Dies sei in ähnlicher Form bereits in Hamburg sehr gut gelungen. In Wilhelmshaven wurde durch Kollegen des Jobcenters (Berufsberatung) und durch Mitarbeiter des Jugendamtes (Pro-Aktiv-Center) ein entsprechendes Konzept erarbeitet. Um die enge Vernetzung gewährleisten zu können, habe man sich auf einen gemeinsamen Bürostandort in der Schillerstraße geeinigt, der zu Beginn dieses Jahres bezogen wurde. Zu Beginn des Jahres konnte auch der Betrieb aufgenommen und erste Erfahrungen gesammelt werden.

Vor Beginn der Präsentation begrüßte **Frau Weinstock** den ersten Stadtrat, **Herrn Schönfelder**, zur Sitzung des Schulausschusses.

Im Anschluss begann **Frau Heiler-Klene** mit der Vorstellung der Jugendberufsagentur. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

**Herr Moriß** fragte, inwiefern die Handwerkskammer eingebunden sei. **Frau Heiler-Klene** erläuterte, dass die Einbindung der Kreishandwerkerschaft durch die Bundesagentur für Arbeit bzw. dem Jobcenter Wilhelmshaven erfolge. Laut **Herrn Moriß** wäre es sinnvoll, dass die Kreishandwerkerschaft direkt mit einer entsprechenden Stelle vertreten würde, insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels. **Frau Heiler-Klene** teilte mit, dass die Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft aus diesem Grund erfolge und es entsprechende Angebote für die Jugendlichen gäbe. Weiterhin bat **Herr Moriß** um Information, ob es mehr Nachfrage im Handwerklichen oder Sozialen Bereich gäbe. Beide Bereiche stünden laut **Frau Heiler-Klene** derzeit nicht im Vordergrund woran jedoch gearbeitet würde. Letztendlich bestimmten die Jugendlichen selbst den Bedarf.

**Herr Dr. von Teichman** bat um Auskunft, wie der weitere Gang der Jugendlichen sei. Wer kümmere sich insbesondere um Schulabrecher bzw. Schulverweigerer. **Frau Heiler-Klene** erläuterte dies anhand des Beispiels eines 17-jährigen Schulverweigerers, der nicht mehr zu Hause wohnen dürfe. Der Jugendliche könne sich dann in der Jugendberufsagentur melden, damit er im Zusammenspiel zwischen Pro-Aktiv-Center und Jobcenter die richtige Hilfe in Form von Beratungsleistungen, Unterstützung bei Elterngesprächen usw. bekomme.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman**, inwiefern Doppelstrukturen zwischen der Jugendberufsagentur und der heute vorstelligen „Jungen VHS“ vermieden würden, gab **Frau Heiler-Klene** an, dass es sich hier nicht um eine Doppelstruktur handele, sondern um ein Hilfsangebot. Die „Junge VHS“ stelle vielmehr ein weiteres Angebot dar, was durch die Jugendberufsagentur vermittelt würde.

**Herr Burkhardt** erfragte, ob das Angebot derzeit schon in den Schulen vorgestellt würde. Laut **Frau Heiler-Klene** solle das der nächste Schritt sein.

**Herr Ehlers** erkundigte sich nach der Anzahl der dort tätigen Mitarbeiter und der zu betreuenden Jugendlichen. **Frau Heiler-Klene** teilte mit, dass z. Zt. zwei Kollegen vom Pro-Aktiv-Center, acht Kollegen von Seiten der Berufsberatung sowie 14 Mitarbeiter vom Jobcenter hier tätig seien. Durch sie würden ca. 2.000 Jugendliche betreut werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Ehlers** erläuterte **Frau Heiler-Klene**, dass es sich bei den Mitarbeitern um ausgebildete Pädagogen handele, bei der Bundesagentur für Arbeit seien es Fachkräfte für Arbeitsvermittlung.

**Herr Danner** erkundigte sich, ob es bei Abbrechern zu Nachforderungen von Seiten der Behörde käme. Laut **Frau Heiler-Klene** wäre dies gesetzlich möglich, erfolge im Jugendbereich jedoch nicht.

**Frau Weinstock** betonte, dass dies Konzept sinnvoll sei, um die Jugendlichen von der Straße zu holen. Dies zahle sich im weiteren Verlauf des Lebens aus, wenn jungen Menschen frühzeitig aufgefangen würden.

**Herr Seidel** bat um Information, ob es bereits erste Arbeitsergebnisse gäbe. Wie sei der Umgang mit Abbrechern? **Frau Heiler-Klene** teilte mit, dass es immer wieder zu Abbrüchen käme. Aber dann begönne man mit der Suche wieder von vorn. Das gehöre zur täglichen Arbeit und hänge auch oftmals damit zusammen, dass es für den Jugendlichen nicht der richtige Zeitpunkt sei.

**Herr Moriße** fragte, ob als möglicher Anreiz auch der Führerschein übernommen werden könne. Dies bejahte **Frau Heiler-Klene**. Sofern der Jugendliche entsprechende Nachweise über die Notwendigkeit des Führerscheines wie z. B. einen Ausbildungsvertrag vorlege.

**Herr Dr. von Teichman** berichtete von einer ähnlichen Kooperation in der Vergangenheit zwischen der Stadt Wilhelmshaven und der Bundesagentur für Arbeit die auf das Klientel abziele. Aufgrund der Zahlen sei dies bedauerlicherweise weiterhin notwendig.

#### 4.2 Informationen zur „Jungen VHS“ und zum „Zweiten Bildungsweg“ (VHS)

**Herr Tjettmers** informierte als zuständiger Ansprechpartner über die Möglichkeiten der „Jungen VHS“. Dazu verwies **Herr Tjettmers** zudem auf den aktuellen Flyer, worin über alle zu erreichenden Schulabschlüsse informiert würde. Der Flyer ist dem Protokoll als Anlage beigelegt. Die Zielgruppe sei insbesondere der Kreis der Jugendlichen (17 bis 25 Jahre), die in der Schule keinen Abschluss erhalten hätten. Das Klientel sei als schwierig zu bezeichnen. Es gäbe Drogenerfahrungen, Probleme mit dem Elternhaus, Erfahrungen mit Gefängnisaufenthalten. Derzeit gäbe es zwei Realschulklassen (vormittags bis nachmittags) sowie eine Hauptschulklasse (am Abend). Die Teilnehmerzahlen wären in den letzten Jahren stabil und bewegten sich um 50 Schülerinnen und Schüler im Realschulbereich. In den Hauptschulklassen befänden sich ca. 25 Teilnehmer. Zu Beginn seien es viele Teilnehmer, was sich relativ schnell um ca. ein Drittel dezimiere. Hier beginne die Arbeit der „Jungen VHS“ um letztendlich ca. 15 Schüler zum Abschluss zu bringen. Dafür spiele die Sozialpädagogische Begleitung eine entscheidende Rolle.

Hinsichtlich der Struktur sei Herr Tjettmers der Leiter der „Jungen VHS“, unterstützt durch eine Verwaltungskraft der VHS Wilhelmshaven und fungiere als Schulleitung. Hinzu kämen Lehrkräfte auf Honorarbasis. Die Prüfungsvorbereitungen würden zusammen mit den Schulleitungen (Herr Pommer, Herr Stöver) vorgenommen um ein gleichwertiges Zeugnis zu erhalten. Wichtig sei insbesondere die Schlüsselfunktion der Sozialpädagogin, da sie vor Ort tätig sei und somit als Ansprechpartnerin für die Dozenten, Schüler und Schulleiter agiere. Die Sozialpädagogin spränge ein bevor ein

Schüler aufgrund von Problemen verloren ginge. **Herr Tjettmers** verdeutlichte, dass dadurch die Arbeit der Sozialpädagogin besonders hervorzuheben sei. Die Finanzierung (30 Stunden pro Woche) sei bislang durch Projekte, die beim Land beantragt würden, sowie durch den Bildungsfond gesichert.

**Frau Weinstock** begrüßte die Entwicklung der „Jungen VHS“ und sieht dies insbesondere als ein Angebot, um Jugendliche eine Perspektive zu verschaffen. Gleichzeitig bat **Frau Weinstock** um Information hinsichtlich der Finanzierung.

Lt. **Herrn Tjettmers** zahlen die Teilnehmer einen Beitrag. Unter bestimmten Voraussetzungen erfolge eine Ermäßigung (bei Sozialhilfeleistungen und bei Kindergeldbezug, über das Bildungs- und Teilhabepaket bzw. der Bildungsfond).

**Herr Burkhardt** fragte, was mit Abbrechern passiere. Laut **Herrn Tjettmers** sei auch dies der Bereich der Sozialpädagogin. Es würde versucht, den Jugendlichen wieder zurückzubekommen. Unerlässlich sei jedoch die Motivation eines jeden Teilnehmers.

**Herr Seidel** bat um Information über die Zielgruppe „Junge VHS“. **Herr Tjettmers** teilte mit, dass es sich bei der „Jungen VHS“ um Kinder unter 16 Jahren handele. Von der Programmgestaltung sei Herr Tjettmers gerade dabei, insbesondere die jüngeren Kinder ab Kindergarten- bzw. Grundschulalter anzusprechen. Erfahrungsgemäß erreiche man die Kinder über die Eltern.

**Herr Dr. von Teichman** verwies auf einen Ratsbeschluss aus dem Jahre 2011 „Jedes Kind bekommt einen Schulabschluss“. Im Jahr 2015 hatten 31 Jugendliche keinen Hauptschulabschluss. Das erwerbsfähige Klientel bis 25 Jahre betrug seinerzeit insgesamt 1.452 in der Altersgruppe, wovon 20 % keinen Schulabschluss hatten. Aufgrund der gestiegenen Zahlen betonte **Herr Dr. von Teichman**, das hier zukünftig noch mehr gemacht werden müsse.

Weiterhin stellte **Herr Dr. von Teichman** die Frage, wie mit Abbrechern umgegangen würde. Erfolge eine Rückforderung von Leistungen wie z. B. Kindergeld. **Herr Tjettmers** erläuterte, dass es eine Anwesenheitspflicht von 80 % gäbe. Sofern diese nicht vom Teilnehmer erreicht würde, erfolge eine Kündigung von Seiten der VHS. Bescheinigungen für Kindergeld würden ebenfalls nur entsprechend der Teilnahme ausgestellt. Verfehlungen müsse dann die Kindergeldkasse verfolgen.

**Herr Kunze** bat um Auskunft, ob der erweiterte Sekundarabschluss I ebenfalls erworben werden könne. **Herr Tjettmers** bejahte die Frage.

**Frau Heide** betonte die erfreuliche Entwicklung der VHS, insbesondere für ausländische Kinder, die dadurch in der Lage wären, die eigene Sprache in Wort und Schrift erlernen bzw. vertiefen zu können.

**Herr Burkhardt** fragte an, ob es die Möglichkeit gäbe, einen berufsbegleitenden Schulabschluss zu erwerben. Sofern die Nachfrage da sei, wolle **Herr Tjettmers** dies gern anbieten.

Ergänzend teilte **Herr Tjettmers** mit, dass es ab Januar 2019 einen Vorkurs zum Erreichen des Hauptschulabschlusses für Migranten geben wird.

#### 4.3 Sanierung Aula OBS Stadtmitte – Vorbereitung Programmabschluss –

**Frau Weinstock** erläuterte die Aufnahme des TOP's mit dem Wunsch, nach heutiger Diskussion eine Vorlage an die Verwaltung in Auftrag geben zu wollen, ob es eine Sanierung oder einen Neubau der Aula geben solle.

Laut **Herrn Dr. von Teichman** mögen zunächst alle Fakten gesammelt werden. Er verwies auf die erste Wirtschaftsplanlesung GGS in der kommenden Woche. Hier möge geschaut werden, was geplant sei.  
Der Kostenfaktor läge bei 2.500.000,00 Euro laut **Frau Weinstock**, dies sei bereits aus der letzten Sitzung bekannt.

Nach einhelliger Worterteilung informierte **Herr Pommer** über den derzeitigen Sachstand bezüglich der Aula. Die Schule sei überrascht worden von der plötzlichen Schadstoffsanierung. Vor zwei Monaten musste aus der Aula ausgezogen werden. Die Musikräume waren umzusiedeln. Grundsätzlich sei Herrn Pommer an einem tragfähigen Konzept gelegen und wolle auch daran mitwirken. Die Paul-Hug-Straße sei, trotz der guten Ausstattung, lediglich ein Provisorium. Er bat um einen Fahrplan, wann womit zu rechnen wäre.

**Herr Streib** betonte, es solle so entschieden werden, dass die Schulen damit arbeiten können.

**Herr Dr. von Teichman** erkundigte sich, ob Planungskosten durch GGS berücksichtigt worden seien. **Frau Weinstock** bejahte die Frage, insgesamt wären nach Ihrer Kenntnis dafür 50.000,00 Euro eingeplant.

Laut **Herrn Ehlers** wäre eine schnellstmögliche Klärung notwendig. Die Schadstoffsanierung deute eher auf einen Erhalt der Aula hin.

**Herr Feist** erläuterte, dass eine Schadstoffsanierung in jedem Fall durchzuführen sei. Dies wäre von Herrn Leinert in der letzten Sitzung zwischen GGS und Schulausschuss dargestellt worden. Dies sei jedoch keine Vorfestlegung. GGS ginge bis zur Sanierung, alles Weitere sei eine Entscheidung der Politik. **Herr Feist** betonte, dass die Aula zukünftig sowohl von der Oberschule Stadtmitte, als auch von der BBS genutzt würde. Beide Schulen seien beim Entscheidungsprozess gleichermaßen einzubeziehen.

**Herr Thode** erkundigte sich nach der Zuwegung für beide Schulen, hier möge eine entsprechende Lösung gefunden werden, die seiner Ansicht nach eher für einen Neubau spräche.

Laut **Herrn Burkhardt** wären bei einem Neubau eine Lehrküche, die jetzigen Unterrichtsräume der Paul-Hug-Straße, die Musikräume sowie eine Aula notwendig. Alle Räume sollten im Rahmen eines stimmigen Konzeptes errichtet werden.

**Herr Dr. von Teichman** bat um Auskunft, woher Frau Weinstock die Information bezüglich der Planungskosten habe. **Herr Feist** erläuterte, dass diese Information in einem Gespräch zwischen GGS und der Schulverwaltung ausgetauscht worden sei.

**Herr Burkhardt** verdeutlichte nochmals die Wichtigkeit eines stimmigen Konzeptes als Verpflichtung sowohl gegenüber der Schule als auch der Schülerinnen und Schüler. Er erkundigte sich bei Herrn Feist nach einer Priorisierung der Maßnahmen durch GGS.

Laut **Herrn Feist** seien zunächst alle Maßnahmen ohne eine Priorisierung angemeldet worden. Dies würde der politischen Willensbildung im Rahmen der Klausurberatungen obliegen.

**Frau Weinstock** betonte, dass genau diese Priorisierung im Rahmen der Schulausschusssitzungen bereits vorgenommen worden sei: es würde eine Aula benötigt, die Musikräume, eine Mensa und eine Lehrküche. Es solle in Auftrag gegeben werden, dass ein entsprechender Plan zu den Haushaltsberatungen vorgelegt werden mögen.

**Herr Dr. von Teichmann** äußerte, dass dafür die Planungskosten vorzusehen seien. Darauf solle beim GGS-Ausschuss geachtet werden.

Laut **Herrn Streib** möge die Verwaltung keine vier Projekte anmelden, sondern eine Gesamtmaßnahme, um auch ein ganzheitliches Konzept nicht aus den Augen zu verlieren.

**Herr Schönfelder** wies darauf hin, dass es schwierig sei die alten Gebäude auf die neuen Bedarfe anzupassen. Letztendlich sei das Dezernat von Herrn Leinert sicherlich in der Lage, die neuen Bedarfe einzupreisen. Die andere Frage sei nun, was finanziell machbar sei.

**Frau Weinstock** betonte das nicht das Finanzielle ein Problem sei, es fehle vielmehr die Manpower bei GGS. Sie würde heute den Auftrag des Schulausschusses an die Verwaltung abgeben, dass ein Gesamtkonzept zu erstellen und der Raumbedarf mit Herrn Pommer abgesprochen werden möge.

**Herr Feist** machte darauf aufmerksam, dass die Themen Lehrküche und Mensa die OBS exklusiv beträfe, das Thema Aula für beide Schulen von Belang sei.

**Herr Schönfelder** berichtete von einem Gespräch mit Frau Schnittger, worin diese von einem Bedarf hinsichtlich der Aula von insgesamt 500 Plätzen sprach.

**Frau Weinstock** erläuterte, dass man sich zwar im TOP Mitteilungen und Anfragen befände und es zwar keine Abstimmung in dem Sinne gäbe, sie wünsche sich jedoch eine Zustimmung des Schulausschusses. Der Arbeitsauftrag solle lauten ein Gesamtkonzept für die Aula sowie ein Gesamtkonzept für die OBS Stadtmitte zu erstellen. Es solle dann in den Ausschuss GGS mitgenommen werden.

**Frau Weinstock** bat um Zustimmung des Ausschusses. Eine einheitliche Zustimmung wurde nicht erteilt. **Frau Weinstock** wolle in der nächsten Ausschusssitzung berichten, wie weit sie gekommen sei (1 Std. 14.10).

#### 4.3.1 Bericht über die Bautätigkeiten in den Sommerferien

**Frau Weinstock** bat Herrn Feist um Berichterstattung über die Bautätigkeiten an den Schulen von GGS. **Herr Feist** teilte mit, dass neben den bekannten großen Projekten insgesamt 29 Baumaßnahmen in den Sommerferien durchgeführt worden seien. Eine Aufstellung ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

**Herr Dr. von Teichman** betonte, nicht nur die Arbeit von GGS hervorzuheben, sondern auch die Arbeit der beteiligten Handwerksbetriebe. Dies stieß auf einhellige Zustimmung des Schulausschusses.

#### 4.4 Reinigung in Schulen – Erörterung der Ergebnisse der Reinigungskontrollen von GGS

**Frau Weinstock** stellte die Frage, ob es im Nachgang der letzten Sitzung zu diesem Thema noch Anmerkungen gäben.

**Herr Burkhardt** merkte an, dass bei einem Reinigungskonzept auch der Zeitraum zwischen Schulbeginn und Schulende zu betrachten sei. Während des Schulalltags mögen die Sanitärräume ebenfalls gereinigt werden.

Laut **Frau Weinstock** sei dies auch so abgestimmt gewesen.

**Herr Dr. von Teichman** betonte, dass hier auch die Erziehung der Schüler eine Rolle spiele. Es könne nicht Aufgabe der Stadt sein, dies nachzubessern.

Laut **Herrn Burkhardt** solle eine Pauschalisierung der Schüler nicht im Raume stehen bleiben. Es könne nicht sein, dass an Schulen in Wilhelmshaven Bezahltoiletten benutzt werden müssten.

**Herr Gommers** betonte, dass es eben auch Schüler gäbe, die hier Probleme hätten. Herr Dr. von Teichmann sei eingeladen, hier den Schülern entsprechende Informationen zu geben.

**Herr Hergenröther** regte an, in den Klassen Kehrbleche bzw. Besen vorzuhalten, um bei Bedarf säubern zu können.

**Frau Weinstock** nahm dies zur Kenntnis und bat, den Bedarf mit den Schulen direkt zu klären.

#### 4.5 Anfrage zur Erstausrüstung von Grundschulkindern

**Herr Dr. von Teichman** stellte die Frage, warum es notwendig sei, Kindern in Wilhelmshaven die Erstausrüstung der Grundschule zu bezahlen und verwies dabei auf eine Berichterstattung der WZ vom 01.08.2018.

Laut Information von **Herrn Feist** seien im Rahmen des Teilhabepaketes eine jährliche Zahlung in Höhe von 100,00 Euro vorgesehen. Die Auszahlung erfolge in zwei Beträgen (70,00 Euro zum 01.08. und 30,00 Euro zum Schulhalbjahr). In der Realität erlebe die Verwaltung, dass die Gelder zwar in den Familien ankämen, jedoch nicht dafür ausgegeben würden. Zudem würde immer wieder festgestellt, dass die Beträge auch nicht auskömmlich seien. Hier wäre eine Nachbesserung des Bundesgesetzgebers notwendig.

**Herr Dr. von Teichman** bat um entsprechende Zahlen.

**Herr Feist** würde die Anzahl der Kinder mit BuT-Leistungen zusammenfassen, insbesondere die Anzahl der Kinder, die eine kostenlose Lehrmittelausleihe erhalten.

Weiterhin könne aus den Schulen Materiallisten angefordert werden um zu sehen, was jährlich überhaupt benötigt würde (Erst- bzw. Folgeausstattungen).

**Herr Moriße** betonte die Forderung nach der Lehrmittelfreiheit. Bildung solle nichts kosten.

#### 4.6 Anfrage zu Auffälligkeiten bei Einschulungsuntersuchungen

**Herr Dr. von Teichman** bezog sich auf einen Bericht der WZ vom 01.09.2018, wonach 40 % der Kinder bei der Einschulungsuntersuchung Auffälligkeiten bei der Sprachentwicklung zeigten. Wie sei die Lage in Wilhelmshaven?

Laut **Herrn Feist** wurden vor einer Woche Gespräche mit Frau Gäde vom Gesundheitsamt geführt. Bei 74 Kindern wurde die Empfehlung ausgesprochen, noch nicht eingeschult zu werden. Dies sei etwas unter dem Niveau des letzten Jahres. Etwa ein Vierteljahr vor der Einschulung würde eine Sprachstandsermittlung im Kindergarten durchgeführt. Dazu könnten entsprechende Daten aus dem Gesundheitsamt ermittelt werden: zum einen Auffälligkeiten zur Sprachstandsentwicklung (im vorschulischen Bereich) sowie die vorschulischen und schulische Strategien.

**Herr Dr. von Teichman** bat für beide Bereiche um entsprechende Daten. **Herr Feist** sagte dies zu.

**Frau Heide** betonte, dass diese Zahlen kein aktuelles Problem darstellten, sondern bereits vor 25 Jahren bestanden hätten. Insofern wäre es sinnvoll, etwas dagegen zu tun.

**Ende öffentlicher Teil**

**B Nichtöffentlicher Teil**

**Ende der Sitzung: 17:10 Uhr**

---

Feist  
Referatsleitung

Weinstock  
Vorsitzende

Schröder  
Protokollführung